

MOTION von Heidi Bucher-Steinegger (Grüne, Zürich) und Claudia Gambacciani (Grüne, Zürich)

betreffend intelligente Stromzähler

Der Regierungsrat wird beauftragt, das Energiegesetz so anzupassen, dass in Neubauten oder bei Ersatz nur noch Digitalzähler (Smart-Meter) für die Erfassung des Stromverbrauchs eingebaut werden.

Heidi Bucher-Steinegger
Claudia Gambacciani

Begründung:

Konsumentinnen und Konsumenten können beim Stromverbrauch, der ihnen meistens mit mehreren Akontorechnungen und einer jährlichen Schlussabrechnung präsentiert wird, nicht nachvollziehen, wie die Stromkosten zustande gekommen sind. Mit der neusten Zählergeneration (Digitalzähler, Smart-Meter) könnte dies geändert werden. Sie liefert nicht nur allgemeine Verbrauchsdaten an die Stromlieferanten, sondern informiert via Display auch den Konsumenten über seinen Stromverbrauch, die Kosten und die Klimabelastung. Verbraucherinnen und Verbraucher haben so die Möglichkeit, ihren Stromverbrauch zu analysieren und zu beeinflussen. Verschiedene Pilotprojekte im In- und Ausland haben gezeigt, dass mit dem Wissen, wann und warum viel Strom verbraucht worden ist, der Stromkonsum bis zu 10% gesenkt werden konnte. Auf Grund der Tatsache, dass die Energie in Zukunft knapper und teurer wird, drängt sich die Investition in intelligente Stromzähler auf. Umso mehr als die Schweiz mit Landys & Gyr den Weltmarktführer der neuen Technologie (weltweit 25 Millionen installierte Smart-Meter) vor der Haustüre hat.

Im Ausland ist die Erneuerung der Stromzähler längst im Gang. So rüsten etwa die Niederlande alle Haushalte mit neuen Zählern aus, ebenso Frankreich und Schweden. In Grossbritannien ist ein ähnliches Programm in Vorbereitung. In Deutschland müssen ab nächstem Jahr in Neubauten intelligente Stromzähler eingebaut werden. Italien hat die Umrüstung bereits hinter sich.

Leider haben sich in der Schweiz bis jetzt nur kleinere Energieversorger wie z.B. Energie Optikon AG entschlossen, ganze Quartiere mit Digitalzählern auszurüsten. Ein Engagement in diese Richtung von Seiten des Kantons und der EKZ als öffentlich-rechtliche Anstalt und Hauptstromlieferantin drängt sich auf.

Wieder aufgenommenener Vorstoss.
Ursprüngliche Einreicher: Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden), Heidi Bucher-Steinegger (Grüne, Zürich) und Claudia Gambacciani (Grüne, Zürich)